

Der Wahlsieg der SPD von 1998: Politische Achsenverschiebung oder glücklicher Ausreißer?*

1. Die Ausgangslage

Es war eine historische Wahl - insbesondere für die deutsche Sozialdemokratie, darin sind sich nahezu alle Beobachter einig. Die Frage stellt sich, ob damit auch eine politische Wasserscheide überschritten wurde, die Sozialdemokratie in eine neue Dimension eingetreten, ein „party realignment“ nach langem „dealignment“ zu beobachten ist: Hat also nach vielen „normalen“ Wahlen eine „kritische Wahl“ die Karten grundsätzlich neu gemischt, dämmert also eine kopernikanische Wende der Parteienkonstellation herauf?

Oder war es einfach nur eine glückliche Konstellation, ein „kairós“, aus einem abgewirtschafteten politischen Gegner, einem ausnahmsweise perfekten Mobilisieren der Stammwähler und dem Faszinieren der maximalen Wechselwählerschaft? Kopernikanische Kehre oder politischer Ausreißer, das ist die Frage, die ich in diesem Beitrag beantworten will.

Worin besteht denn das Außergewöhnliche dieses Wahlsiegs? Die SPD erreicht mit 40,9 % der Zweitstimmen doch nur ein mäßiges Ergebnis, da sie immerhin zwischen 1969 und 1980 bei vier Wahlen deutlich über 40 % gelegen hatte mit dem einmaligen Höhepunkt der „Willy-Wahl“ von 1972 mit sagenhaften 45,8 %. Aber auf die Relation kommt es an! Damals schlug sie die CDU/CSU nur mit hauchdünnen 0,9 Prozentpunkten. Diesmal liegt sie 5,7 Prozentpunkte vor der Union - ein absoluter Rekord.

Abb. 1: Strukturelle Dominanz der CDU/CSU bei Bundestagswahlen

Damals waren nur drei Parteigruppen im Bundestag vertreten, heute muß der Kuchen unter fünf verteilt werden. Bündnis 90/Die Grünen und PDS mit 6,7 % bzw. 5,1 % kommen hinzu, die noch dazu beide links der Mitte im SPD-Reservoir konkurrieren. Zum ersten Mal ist in der Bundesrepublik durch Wahlen ein kompletter Machtwechsel, ein Auswechseln der ganzen Regierung durch die Oppositionsparteien herbeigeführt worden. Bei allen vorhergehenden Machtwechseln, ob mit oder ohne Wahlen, blieb eine Regierungspartei in der Macht sitzen, so 1966 die CDU/CSU, als die Große Koalition mit der SPD etabliert wurde, die 1969 an der Macht blieb, als die sozialliberale Koalition mit der FDP folgte. Und diese führte durch Koalitionswechsel in der Regierung die Wende von 1982 herbei. Das war es auch schon mit den Machtwechseln in der zweiten deutschen Demokratie. Mehr Abwechslung in der Demokratie, die doch das Konkurrenzprinzip der Macht auf Zeit verkörpert, gab es nicht in (West)Deutschland seit 1949.

Aber das Wahlergebnis ist auch aus weiteren Gründen bislang einmalig: Zum ersten Mal haben drei kleine Parteien die 5%-Hürde überschritten, die lange Jahrzehnte als eine unüberschreitbare Barriere gegen Innovation im Parteiensystem galt. Außerdem haben die „sonstigen Parteien“ mit der Rekordzahl von 27 Parteien für den Bundestag kandidiert, und sie haben zusammen 5,9 % der Stimmen eingefahren - ein Anteil, den diese „Splitterparteien“ seit 1957 nicht mehr erreicht hatten.

* Erscheint in: Oskar Niedermayer (Hrsg.): Die Parteien nach der Wahl 1998, Opladen: Verlag Leske + Budrich, Frühjahr 1999

Und noch ein weiterer, negativer Rekord ist zu vermelden: Die CDU/CSU hat mit 35,2 % die eindeutig magerste Ernte seit 1949 mit damals 31,0 % in die Scheuer gefahren. Immer hat sie deutlich über der 40 %-Marke gelegen, und nun nicht etwa knapp darunter, sondern in der Mitte des 30%-Turmes abgeschlagen. Das ist für die Union ein Desaster.

Nicht ein stupender Wahlsieg der SPD war also die eigentliche Sensation, denn dieser war nicht so unerhört hoch. Die schiere Differenz zwischen Desaster und Erfolg macht die Wahl von 1998 zu einer historischen, und genauso ist es mit ihren Konsequenzen für die Parteienkonstellation.

Denn in keinem Bundestag je zuvor hatte eine führende Partei eine solche Fülle von Koalitionsoptionen wie die SPD. Sie kann mit Grünen, Liberalen, Christdemokraten regieren. Ja, selbst mit den PDS'ern und der CSU könnte sie jeweils alleine eine Kanzlermehrheit erreichen und natürlich in jeder beliebigen Kombination mit allen anderen. Dies konstituiert eine „strategische Mehrheit“, die stark macht - allerdings auch die Verführung der Hybris in sich birgt, da alles mit allen möglich ist.

Die Wahlperiode ab 1994 verlief für die SPD recht turbulent. Nach dem desaströsen Tief der Einheitswahl von 1990, als Lafontaine als Cassandra-Kandidat die Partei auf 33,5 % herunterdrückte, hatte sie sich mit dem ausstrahlungsarmen Rudolf Scharping immerhin auf 36,4 % Prozent hochgerappelt. Scharping, der in der laufenden Legislaturperiode Björn Engholm als Parteivorsitzenden ablösen müssen, führte sogar lange die Umfragewerte für sich als Kanzlerkandidaten und für die SPD an, bis Helmut Kohl 1994 in einem unwiderstehlichen Endspurt einen knappen Sieg für die christlich/liberale Regierungskoalition sichern konnte.

Aber Kohls Sieg war mit 0,3 Prozentpunkten der Koalition vor der Opposition aus SPD, Grünen und PDS denkbar knapp. Die SPD schöpfte Hoffnung für die nächste Wahl. Dann müßte endlich die Ablösung gelingen. Dann wäre die ominöse Prognose von Herbert Wehner, der nach dem Regierungsverlust von Helmut Schmidt der SPD eine bitter-lange Oppositionszeit von fünfzehn Jahren vorhergesagt hatte, erfüllt.

Aber erst einmal ging es bergab. Auch mit der Bundesregierung und ihrem Ansehen in der Öffentlichkeit, die sich nur über ein kleines Zwischenhoch 1995 herüberretten konnte. Kohl schadete die innerparteiliche Debatte, ob er noch einmal antreten oder Schäuble frühzeitig übernehmen sollte, mehr aber noch sein Mißerfolg bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und bei der Wiederbelebung der Wirtschaft. Sogar die Unternehmens- und ihre Verbandsspitzen halfen der Regierung nicht, obwohl sie ihr so nahe standen, sondern maulten und moserten über mangelnde Dynamik und Blockaden.

Mit der SPD unter Scharpings Führung ging es nach der Bundestagswahl 1994 aber gleichwohl bergab. Die Opposition konnte aus der schwachen Performanz der Regierung Kohl keinen Aufschwung produzieren. Die Umfragewerte beider Seiten gingen in den Keller. Scharpings Stern war ein Jahr nach seinem respektablen Wahlerfolg dramatisch gesunken, ein Mann ohne Fortune, zu dem es aber keine Alternative zu geben schien. Man konnte doch nicht nach Willy Brandts Rücktritt und den Zwischenstationen Hans-Jochen Vogel und Björn Engholm erneut einen dritten Parteichef ablösen? Da wagte Oskar Lafontaine auf dem Mannheimer SPD-Parteitag 1995 den Überraschungscoup, als Kandidat für den Parteivorsitz anzutreten. Er hielt eine fulminante Rede, setzte alles auf eine Karte und wurde gewählt. Damit ging ein Ruck durch die Partei, der sich ab sofort in stetig steigende Sympathiewerte in der Wählerschaft umsetzte und fast bis zur Wahl 1998 anhielt.

Ungeklärt durch Lafontaines Übernahme des Parteivorsitzes blieb allerdings die Kanzlerkandidatur. Denn Gerhard Schröder, unter Scharping sogar als Wirtschaftssprecher der Partei abgedrängt, meldete sich zurück. Lafontaine sicherte sich zwar als Parteivorsitzender das erste Zugriffsrecht auf die Kanzlerkandidatur, konzidierte aber, daß es derjenige werden sollte, der 1998 die besten Gewinnchancen hätte. Mit diesem Patt ging es in das Wahljahr 1998, und damit hatte der Wahlkampf längst begonnen.

2. Wahlkampfstrategie und -verlauf

In der Dramaturgie der Medien scheint heute alles auf die Spitzenkandidaten ausgerichtet. Der amerikanische Präsidentschaftswahlkampf liefert den Plott für diese Dramaturgie: Duell zweier Titanen, das kann das Fernsehen inszenieren, das will das Publikum sehen. Daran ist manches richtig, aber auch vieles falsch. Denn der US-Wahlkampf selbst läßt sich weder auf den Zweikampf der Präsidentschaftskandidaten, noch auf das Fernsehen allein reduzieren (vgl. von Alemann 1997)! Und die in dieser deutschen Wahlkampagne viel beschworene Amerikanisierung ist auch nur die halbe Wahrheit. Beide Thesen werden im folgenden illustriert: die Differenzierung der Kampagne und die Frage nach der Amerikanisierung des Wahlkampfes.

Wenn man Alliterationen liebt, kann man die Differenzierung eines Wahlkampfes nach den „4 P“ (Programm, Personen, Politik, Propaganda) oder aber auch nach den „4 K“ aufspalten (Kernpunkte von Politik und Programm, Kandidaten, Kompetenz der Problemlösung und Kampagne der Partei). Die Kunst des Wahlkampfes besteht nun darin, daß diese Segmente zu Stufen aneinander gefügt werden, die zusammen passen und zum Ziel führen (vgl. von Alemann 1995: 48 ff).

2.1 *Das Wahlprogramm: soziale Gerechtigkeit und Innovation*

Parteien setzen sich langfristige politische Ziele, die sie für ihre Wähler und Anhänger durchsetzen und verwirklichen wollen. Die SPD ist von ihrer ganzen Geschichte her eine Programm Partei, in der über die großen Fragen der Politik und Weltanschauung gerungen wird. Das reicht vom sozialistischen Pathos des ersten Programms beim Gründungs- und Vereinigungsparteitag von Gotha 1875 bis zum Godesberger Programm 1959, das zwar den theoretischen Marxismus und den Planungssozialismus in die historische Kulisse schob, aber dennoch trotz aller pragmatischen Wende an pastoralem Timbre nichts zu wünschen übrig ließ.

Für die Wahl von 1998 galt das Berliner Programm von 1989 weiter, das nach langen Theoriedebatten und zahlreichen Entwürfen endlich beschlossen worden war - kurz bevor die SPD von der unverhofften Wiedervereinigung kalt erwischt wurde - wie alle Parteien. So blieb ein Großteil der neuen Lage Deutschlands im Programm unberücksichtigt, nur notdürftig auf dem Leipziger Parteitag im April 1998 angepaßt. Aber Grundsatzprogramme taugen sowieso wenig für die Wahlkampagne. Ihre Debatte erfüllt ihre Funktion als weltanschauliche Klammer für die Aktivisten. Einmal beschlossen verschwinden die Grundsatzprogramme meist in den Schubladen der Parteisekretäre.

Entscheidend für den Wahlkampf sollte das konkrete SPD-Wahlprogramm sein, das am 17.4.98 auf dem Leipziger Wahlparteitag beschlossen wurde. Unter dem Motto: „Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit“ reklamierte es im optimistischen Untertitel: “SPD-

Regierungsprogramm 1998 - 2002“ Das war selbstbewußt, denn ein Wahlsieg war zu dieser Zeit noch nicht greifbar, hatte doch Helmut Kohl schon oft seine Steher-Qualitäten als Wahlkämpfer unter Beweis gestellt.

Das Programm war ein umfangreicher Katalog für alle Teilbereiche, mit wenigen Überraschungen sowie dem üblichen Schönsprech von Wahlversprechungen, aber zumindest einem klaren Entzug der Streicheleinheiten für den Wähler: Es wurde ein kategorischer Finanzierungsvorbehalt für alle Versprechungen formuliert. Erst nach Kassensturz könne konstruktive neue Politik angegangen werden. Das war in dieser Offenheit neu.

Der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit sollten alle übrigen Maßnahmen untergeordnet werden. Ein Bündnis für Arbeit solle dafür neu belebt, aber insgesamt solle stärker auf intelligente Innovation statt staatliche Intervention gesetzt werden. Mehr soziale Gerechtigkeit, so lautete die zweite Botschaft. Alle Gesetze seien deshalb zu kassieren, die die soziale Symmetrie der Gesellschaft verletzt hätten: z. B. Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Lockerung des Kündigungsschutzes, Rentenniveaукürzung, Schlechtwettergeld.

Innovation und Gerechtigkeit wurden so zu den thematischen Schlüsselbegriffen der SPD-Kampagne - nicht zufällig, sondern sorgfältig analysiert und untersucht:

„90 Aussagen des veröffentlichten Wahlprogramms wurden für die SPD demoskopisch repräsentativ und in Interviews qualitativ getestet und hierarchisiert. Die populärsten wurden anschließend zu Kernbotschaften verdichtet und in Motive und Slogans umgesetzt. Ein kommunikatives Instrument war die sogenannte Garantiekarte, aus England übernommen, mit der sich Schröder millionenfach quasi persönlich an die Wähler wandte. Ziemlich ungeniert wurden insgesamt Symbole und Begriffe vereinnahmt, auf die die irritierte Konkurrenz (CDU) Eigentumsrechte zu haben glaubte (von Leistung über soziale Marktwirtschaft bis hin zu Ludwig Erhardt)“ (Ristau 1998: 12f).

Programmatisch sollte Gerechtigkeit den traditionellen Wertebezug des SPD-Programms signalisieren, Innovation stand für Kreativität und Modernität, für die Lösung von Zukunftsaufgaben. Damit wollte man die gesamte Bandbreite der so heterogenen SPD-Klientel optimal erfassen. Aber schließlich gab es gerade für die Wechselwähler der Mitte noch ein wichtiges Motiv: Politikwechsel, it's time for a change, das System Kohl gehört abgewählt. Diese Wechselorientierung war in der Wählerschaft weit verbreitet. Hier brauchte der SPD-Wahlkampf kaum eigene Impulse zu geben. „Kohl hat abgewirtschaftet“ war ein Selbstläufer.

2.2 Die Kandidatenfrage: Schröder oder Lafontaine - oder beide?

Politik wird durch Personen gemacht, nicht durch Programme, Slogans oder Sachzwänge. Inhalte sind wichtig, aber sie müssen durch Personen glaubwürdig verkörpert werden. Die Personalisierung von Politik ist deshalb keine modische Amerikanisierung, die von cleveren Werbestrategen jüngst ausgeheckt wurde. Vor Verbreitung des Fernsehens machte schon Adenauer extrem personalisierte Politik, und vor ihm war es genauso. Es gibt nur graduelle Unterschiede und Verschiebungen der Akzente, keine totale Kehrtwendung in der Personalisierung von Politik.

Der Wahlkampf konzentriert sich in der Tat heute nur wenig stärker als früher auf die Spitzenkandidaten. Die Wähler wollen im übrigen eine solche Zuspitzung. Denn Personen strahlen in einer immer unübersichtlicheren, krisenanfälligeren Welt mehr Vertrauen aus als Sachargumente. Und sie lassen sich natürlich besser „zeigen“ in audiovisuellen Medien. Es ist aber nicht nur das „Sehen“ von Gesichtern, sondern auch das „Hören“ ihrer Sprache, die Emotionalität vermittelt - positiv wie negativ.

Die SPD schien seit 1996 im Dilemma verfangen, mit Lafontaine zwar einen dynamischen neuen Parteichef zu haben, der schnell die Stimmung unter der Anhängerschaft hob und die notorischen Flügelstreitigkeiten eindämmte. Aber beliebt war nicht, da er die blitzgescheite Kühle eines ehrgeizigen Klassenbesten ausstrahlte. Im übrigen polarisierte er die Wählerschaft, weil man in ihm einen Protagonisten traditionell linker sozialdemokratischer Grundwerte des Staatsinterventionismus witterte. Auch klebte an ihm die verlorene Bundestagswahl von 1990 als Manko.

Schon bald nach Lafontaines Übernahme des Parteivorsitzes hatte sich Gerhard Schröder wieder für Führungsaufgaben ins Gespräch gebracht. Er setzte sich an die Spitze der „Modernisierer“ in der Partei, die einen moderaten Wirtschaftskurs jenseits der ideologischen Streitfragen, von neoliberaler Angebotsökonomie und postkeynesianischer Nachfragepolitik, steuern wollten. Es gäbe keine sozialdemokratische, sondern nur eine moderne Wirtschaftspolitik, wurde Schröder zitiert.

Die Kanzlerkandidatur blieb zwischen Lafontaine und Schröder offen - soviel die Medien auch auf eine Entscheidung drängten. Schröder setzte alles auf die Karte seiner Wiederwahl in Niedersachsen am 1.3.98 und verkündete, er stehe nur dann als Kandidat zur Verfügung, wenn er höchstens 2 Prozent hinter seinem letzten Ergebnis zurückbleibe.

Obwohl alle Kommentatoren zweifelten, daß die Partei und die beiden Kandidaten die offene Nominierungsfrage über ein Jahr durchhalten würden, gelang es überraschend glatt. Im Gegenteil, die Kandidatenkonkurrenz wurde in eine erfolgreiche Inszenierung umgedeutet, die der Bandbreite der SPD ungemein nützte. Auch die eigenen Wahlkampfexperten der SPD räumten die Risiken ein:

„Als Achillesferse wurde mit einigem Recht intern wie extern die offene Frage des Kanzlerkandidaten diskutiert. Zwei gelungene Operationen beschäftigten jedoch die Phantasie der Medien und überzeugten zur allgemeinen Überraschung die Wähler: Die Doppelspitze (Slogan: ‚Wir sind bereit‘) Lafontaine-Schröder als *konstruktiver Dualismus mit Spannungseffekt* war die bedeutsamere Inszenierung. Aus der anfänglichen Not wurde eine Tugend gemacht, mit einer Doppelkopfkampagne ‚Wir sind bereit‘ wurde Geschlossenheit demonstriert sowie sich ergänzende Wählerpotentiale angesprochen“ (Ristau 1998: 6).

Obwohl praktisch alle Landtagswahlen seit 1994 für die SPD mit deutlichen Verlusten einhergegangen waren, schaffte es Schröder tatsächlich, den Trend umzudrehen und die absolute Mehrheit an Sitzen in Hannover nicht nur zu verteidigen, sondern mit 47,9 % der Stimmen beeindruckend auszubauen. Sein junger, dynamischer CDU-Gegenkandidat Wulff wurde mit 35,9 % beschämend geschlagen.

„Der in diesem Ausmaß völlig unerwartete Zuwachs der SPD von 3,6 Prozentpunkten bereitete jedoch allen Spekulationen und taktischen Winkelzügen, die sich auf eine komplizierte Entscheidungsfindung in der SPD-Führungsspitze ausgerichtet hatten, ein jähes Ende. Der Wucht des Wählervotums hatte nichts und niemand etwas entgegenzusetzen“ (Oberndörfer/ Mielke/ Eith 1998: 19).

Kurz darauf wurde Schröder als Kanzlerkandidat nominiert, und das Überraschende geschah, daß Lafontaine während des ganzen Wahlkampfes seine Rolle als integrierender und „dienender“ Parteichef neben Schröder durchhielt, sogar idyllische Fotos der beiden Ehepaare entspannt scherzend über der Saarschleife publiziert wurden, als könne nichts die Harmonie der Kontrahenten trüben.

Die Popularitätskurve von Schröder stieg unaufhaltsam und ließ Kohl bis in den Sommer 1998 weit hinter sich, bis er allmählich Tritt faßte und deutlich aufholte, aber zu spät, um Schröder noch gefährden zu können.

Abb. 2: Kanzlerpräferenz in der Bevölkerung

„Zwar sahen die Deutschen Helmut Kohl eher als integeren, seriösen Politiker an. Er galt als verantwortungsbewußter, als derjenige, der deutsche Interessen besser vertritt, und er hatte auch noch leichte Vorteile bei den Eigenschaften Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit. Aber Gerhard Schröder war ohne Zweifel der populärere Politiker mit der Ausstrahlung des Machers sowie der Aura des Siegertypes, als Sympathieträger par excellence, der außerdem eben auch eindeutig als derjenige gesehen wurde, der eher die zukünftigen Probleme Deutschlands lösen kann. Bei einer derartigen Beurteilung der politischen Eigenschaften von Kanzler und Herausforderer sowie der beschriebenen Problemlage aus Sicht der Wähler überrascht dann der Vorsprung von Gerhard Schröder in der Frage nach dem gewünschten Bundeskanzler nicht mehr“ (Jung/Roth 1998: 12).

Es war erfolgreich gelungen, Kohl als Mann von gestern abzustempeln und Schröder als Gewinner von morgen zu suggerieren. Die Wähler akzeptierten die Inszenierung, genossen sie sogar. Parteienverdrossenheit schien vergessen, die Wahlbeteiligung legte sogar deutlich zu.

2.3 Die thematische Inszenierung: Die Kampa tritt an

Programme und Personen sind aber noch nicht alles, was die Parteien bei Wahlen präsentieren müssen. Es müssen Themen bzw. „issues“, wie die Amerikaner sagen, nicht nur bestimmt, sondern regelrecht inszeniert werden, um die Wähler (und die Wahlen) zu gewinnen.

Die wirtschaftliche Lage und die entsprechenden Erwartungen haben bei Wahlen einen entscheidenden Stellenwert. Die Unionsparteien hatten in den letzten Wahlen immer wieder erfolgreich „die ökonomische Karte“ gespielt und damit schließlich aufgetrumpft, so auch zuletzt bei der Wahl 1994. Auch 1998 wurde dies wieder versucht und es erklärt die relative Ruhe, mit der Kohl den Wahlkampf trotz seines Zurückliegens anging: Er hatte doch immer wieder erfolgreich den ökonomischen Joker gezogen.

Seit 1996 hatte die Kompetenzzuschreibung für die Union allerdings ständig abgenommen, die SPD ständig aufgeholt. Im Spätsommer 1996 bildete die Gruppe die Mehrheit, die keiner der alternativen Regierungsoptionen die Lösung der ökonomischen Probleme zutraute. Unter diesen Umständen ging die alte Strategie der Union, sich als wirtschaftlicher Problemlöser zu präsentieren, nicht auf.

„Die Union war in diesen Fragen unglaubwürdig geworden. Zwar hat sie in der Schlußphase des Wahlkampfes die SPD in der Frage der Wirtschaftskompetenz nochmals eingeholt und sogar leicht überholt, allerdings waren selbst zu diesem Zeitpunkt weniger Wähler der Meinung, daß eine unionsgeführte Regierung die größere Wirtschaftskompetenz hat, als bei der Wahl die Union gewählt haben“ (Jung/Roth 1998: 7 f.).

Diese zentralen Themen mußten aber kommuniziert werden. Und hier hat die SPD-Kampagne neue Maßstäbe gesetzt, die in Deutschland bisher nicht bekannt waren. Bereits im Mai 1997 wurde die Entscheidung getroffen, die Wahlkampftruppe aus dem Parteihaus in eine Kampagnenzentrale auszulagern, die in Zukunft „Kampa“ genannt wurde: „Das Signal an die Öffentlichkeit lautete: Wir lösen uns aus dem alten Trott, wir sind bereit. Den Medien, insbesondere den elektronischen, wurde ein Objekt der Begierde angeboten“ (Ristau 1998: 7).

Die Leitung der Kampagne hatte Franz Müntefering als Bundesgeschäftsführer inne. Zum engsten Führungskreis gehörten sein Büroleiter, Matthias Machnig, und als Vertrauter von Schröder der erfahrene frühere Düsseldorfer Wahlkampforganisator Bodo Hombach. 70 Mitarbeiter aus der Partei, aber auch „eingekaufte“ Experten aus Werbung, Veranstaltungsmarketing, Mediaplanung und Meinungsforschung mischten mit. Vorbild für die Kampa waren mitnichten nur die USA. Auch aus Österreichs SPÖ, aus Hollands PvdA und aus Englands New Labour wurden Ideen und Konzepte übernommen. So aus Großbritannien die „Aktion 32 Wahlkreise“, wo mit besonderem Aufwand die knappen Direktmandate gewonnen werden sollten, nach dem Vorbild von „marginal seats“ in GB-Kampagnen. Tatsächlich hat die SPD 26 dieser Wahlkreise am 27. September gewonnen.

„Die Kampa war nicht allein auf medien-vermittelte Kommunikation ausgerichtet. Sie lieferte eine Vielzahl von Dienstleistungen für die Parteiorganisation, die ausgesprochen erfolgsorientiert im Austausch dafür einen recht kurzen Zügel akzeptierte. Das Repertoire, das angeboten wurde, umfaßte tatsächlich wenig Neuigkeiten. Neu waren allerdings die Frühzeitigkeit, die systematische Anordnung und der unbedingte Wille, als wirkungsvoll angesehene Instrumente auch in der Breite durchzusetzen. (...) Man tut der Kampa wohl kein Unrecht, wenn man festhält, daß die Meta-Kommunikation wichtiger war als der reale Output.“ (Ristau 1998: 8).

2.4 Die Mobilisierung: Stammwähler halten, Wechselwähler holen!

Programme formulieren, Personen nominieren und Politikthemen inszenieren, das beschäftigt die Wahlkampfteams in der Kampagne. Aber erst wenn sie damit tatsächlich die Menschen erreichen, können sie eine Mobilisierung bewirken. Diese „Zielgruppen“ zerfallen zunächst ganz grob in drei Segmente: Parteiaktivisten, Stammwähler und Wechselwähler.

Die Notwendigkeit der Motivation der eigenen ehrenamtlichen Mitglieder an der Basis ist dabei nicht zu unterschätzen. Man kann sie nicht kaufen wie eine Werbecrew oder eine Plakatserie. Sie packen nur mit an im Wahlkampf, wenn sie an eine klare Chance glauben – oder wenn sie gegen eine Welt voll Teufel kämpfen. Am wirksamsten ist beides zusammen: Das ist das Geheimnis der CSU-Erfolge.

So versucht die CDU/CSU immer wieder, Kampagnen zu Richtungs- oder Lagerwahlkämpfen hochzustilisieren, als gälte es, ein letztes Gefecht zur Rettung des Abendlandes durchzukämpfen. Feindbilder schaffen Identität, schweißen zusammen, mobilisieren letzte Kräfte. Das versuchte der CDU-Generalsekretär Hintze auch diesmal wieder – bis zur Drohung mit der Volksfront als Konsequenz der „Rote-Hände-Kampagne“: In Weiterführung des Rote-Socken-Themas von 1994 sollte diesmal ein Plakat an die stilisierten zwei Hände im SED-Logo gemahnen, das an die Zwangsvereinigung von KPD und SPD von 1946 erinnert. Das Motiv verfiel nicht, wurde im Osten von der eigenen CDU-Organisation boykottiert und taugte nur als kurzlebiges Medien-Event. Die SPD ignorierte einfach das Lagerdenken und ließ es dadurch ins Leere laufen.

Die SPD-Basis wurde seit der Eroberung des Parteivorsitzes durch Lafontaine im Herbst 1995 permanent in Atem gehalten. Die Konkurrenz von Schröder und Lafontaine durch die Jahre 1996 bis 1997 trug wesentlich dazu bei, die politische Phantasie der Parteibasis zu beschäftigen. Durch die hohen Sympathiewerte von Schröder und seinen fulminanten Wahlsieg im März 1998 in Niedersachsen wuchs die Zuversicht weiter an.

Für die Parteibasis muß das Motto einer großen Kölner Aktion von Rockgruppen gegen Rassismus und Neonazis: „Arsch huh - Zäng ussenander!“ (Hintern hoch – Zähne auseinander !,

Köln 1992) gelten. Die Parteibasis ist nicht nur billiges Reservoir zum Plakate kleben und die Bemannung (und Befrauerung!) von Infoständen. Sie ist Multiplikator von Stimmungen und Meinungen.

Durch die Doppelspitze war dieser Effekt optimal garantiert: Die Traditionalisten konnten für Lafontaine agitieren, die Modernisierer für Schröder agieren. Eine Mobilisierung der eigenen Anhänger gelang der SPD diesmal wie lange nicht mehr seit gut zweieinhalb Jahrzehnten. Eigentlich ist nur der Wahlsieg Willy Brandts von 1972 mit dem 1998er-Ergebnis vergleichbar.

2.5 Zwischenfazit

Die Machtchancen im Parteienwettbewerb der Bundesrepublik sind zuungunsten der SPD verteilt. Dies hat sozialstrukturelle Ursachen. Trotz aller Individualisierung und des Abschmelzens politischer Milieus ist das Wahlverhalten immer noch erstaunlich stabil. 60 % der Wähler geben immer noch der Partei die Stimme, der sie auch bei der vorangegangenen Wahl ihr Vertrauen geschenkt haben. Die Determinierung der Wahlentscheidung durch die Zugehörigkeit von sozialen Gruppen ist immer noch virulent. Die SPD wird vor allem von Arbeitern und gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern stabil gewählt. Die Union gedeiht vor allem im katholischen Milieu, insbesondere regelmäßigen Kirchgängern, gleichviel, ob es sich dabei um Arbeiter, Angestellte, Beamte oder Selbständige handelt. Darüber hinaus findet sie beim Mittelstand, insbesondere in der Landwirtschaft, einen großen Anhang.

Da nun die soziale Basis der Unionsparteien größer ist als die der SPD und weil die für die SPD bedeutsame Arbeitnehmerschaft im Zuge des sozial und technologischen Wandels weiter abschmilzt, vermag die SPD die CDU/CSU nur dann zu überflügeln, wenn sie über ihre Stammklientel hinaus in erheblichem Umfang zusätzlich Wähler gewinnt. Die Union ist also gewissermaßen von Natur aus die stärkste Partei und muß für einen Wahlsieg im Prinzip nur ihre Anhängerschaft voll mobilisieren. Die SPD kann dagegen nur dann eine Mehrheit erreichen, wenn sie sowohl ihre Stammwähler vollständig zur Wahlteilnahme motiviert und zugleich Wechselwähler von anderen Parteien (wegen der Größenverhältnisse primär von der CDU/CSU) und ehemalige Nichtwähler oder Jungwähler anzieht. Die Faustregel für SPD-Wahlkämpfe lautet mithin: „Stammwähler halten, Wechselwähler gewinnen“ (Stöss/Neugebauer 1998: 7).

Im sogenannten „Superwahljahr“ von 1994 hatte sich die SPD in miserabler Verfassung präsentiert und einen konzeptionslosen und ideenarmen Wahlkampf mit einem hölzernen Spitzenkandidaten geführt. 1998 glückte ihr scheinbar alles, was sie anfaßte: Der Wahlkampf war inspiriert und wohl organisiert, mediengerecht und professionell geführt, die Wähler waren enthusiastisch vom Wechsel, der Spitzenkandidat war telegen und attraktiv und wurde von einem Parteichef kongenial ergänzt. Die Themen zielten ins Herz der Menschen: Arbeitslosigkeit bekämpfen, Gerechtigkeitslücke schließen, Innovation aufholen. Und für Hauptaufgabe von Wahlkämpfen (Anhänger mobilisieren-Wechselwähler gewinnen) war die Partei wohl gerüstet: „Während Lafontaine eher das sozialdemokratische Stammpublikum ansprach, zielte Schröder primär auf unzufriedene Unionsanhänger. Mit der Doppelforderung nach sozialer Gerechtigkeit und Innovation wurden die Interessen sowohl von traditionalistischen als auch von modernisierungsorientierten Wählerschichten, die Interessen also der gewerkschaftlichen Arbeitnehmerschaft und der ‚Neuen Mitte‘, berücksichtigt“ (Stöss/Neugebauer 1998: 16).

3. Das Wahlergebnis

Kohl und die CDU/CSU konnten in den letzten Wochen vor der Wahl deutlich in den Umfragen aufholen. Viele Institute dramatisierten die Entscheidung schon zu einem Kopf-an-Kopf-Rennen, da der alte Wahlkämpfer Kohl nicht so leicht aus dem Sattel zu werfen sei. Diese knapper werdende Lage begünstigte auch allfällige Spekulationen über mögliche Koalitionen. Ob es zu einem klaren rot-grünen Machtwechsel reichen würde, wurde eher bezweifelt. Die Wähler wünschten mehrheitlich eine Große Koalition, die meisten Aktivisten in den Parteien fürchteten sie, da das politische Profil der eigenen Partei sich dann verflüchtigen würde. Gerhard Schröder wurde ein Hang zur Großen Koalition mit Schäuble als Kanzler oder auch Partner nachgesagt, während die publizistischen Kommentatoren wiederum eine Große Koalition als demokratiegefährdend ablehnten. Aber möglicherweise würde das in jedem Fall knappe Ergebnis nichts anderes übrig lassen, als die ungeliebte Elefantenhochzeit doch einzugehen?

Es sollte alles ganz anders kommen. Der Wahlerfolg der SPD war ein Kanter Sieg auf der ganzen Linie. Als die SPD-Mehrheit von 285 Sitzen in der Wahlnacht noch um 13 Überhangmandate auf 298 wuchs, erstaunliche 53 Sitze mehr als die CDU/CSU, und mit den 47 Sitzen der Bündnis 90/Grünen 345 Mandate erreicht waren, da erübrigte sich jegliche Diskussion: Der Wähler hatte der SPD zusammen mit den Grünen das Regierungsmandat erteilt.

Selten waren die Kommentare der Medien und Reaktionen der Parteipolitiker so einmütig gewesen wie in dieser Wahlnacht, wo doch zu oft das Publikum genervt wurde, indem noch das kläglichste Ergebnis durch abwegige Vergleichszahlen in einen eigentlichen Erfolg der jeweiligen Partei umgebogen wurde. Auch Helmut Kohl, der bei ähnlichen Gelegenheiten keine Sottise scheute, bewies Größe und gestand seine Niederlage ohne Wenn und Aber ein.

3.1 *Kompetenz von Kandidaten und Partei: Die SPD punktet*

Wahlkämpfe werden auch deshalb auf populäre Spitzenkandidaten hin ausgelegt, weil diese in der Lage sind mit ihrer persönlichen Ausstrahlung über die enge Stammwählerschaft hinauszuwirken. Bereits in einer Untersuchung aus der ersten Jahreshälfte 1977, als die Kandidatenfrage zwischen Lafontaine und Schröder noch völlig offen war, zeigte sich schon ein deutlicher Vorsprung des niedersächsischen Ministerpräsidenten vor Lafontaine, aber auch bereits in erstaunlicher Deutlichkeit vor dem amtierenden Kanzler. Das gilt bei Männern wie bei Frauen, bei fast allen Altersgruppen bis auf die ältesten, bei allen Berufsgruppen, auch bei Arbeitslosen und selbst bei Selbständigen, bei allen Einkommensgruppen, natürlich bei den Gewerkschaften, allein die regelmäßigen Kirchgänger votierten bei beiden Konfessionen, schwach bei evangelisch, stark ausgeprägt bei katholisch, für Kohl als Kanzler.

Tab. 1: Kanzlerpräferenzen ausgewählter Bevölkerungsgruppen 1997 (%)

Schröder zog insbesondere mehr Sympathien bei den damals noch Unentschiedenen auf sich. Er mobilisierte als Kanzlerkandidat deutlich mehr Wechsler von der Union und bei ehemaligen CDU/CSU-Anhängern und bei den Unentschiedenen war er beliebter als Kohl. Der SPD-Spitzenkandidat war somit für die Mobilisierung der SPD-Anhänger wie für die Gewinnung von Wechselwählern der ideale Kandidat der SPD (Stöss/Neugebauer 1998: 38).

Bei den persönlichen Eigenschaften, die Kohl und Schröder in Umfragen zuerkannt wurden, lag Kohl durchaus bei einigen Werten vorn, so sei er glaubwürdiger gegenüber Schröder (26 zu 32 Prozent), verantwortungsbewußter (35 zu 15 Prozent), ehrlicher (21 zu 17 Prozent) und er würde die deutschen Interessen besser vertreten (51 zu 15 Prozent). Zudem könne er auch besser die Regierung führen (34 zu 25 Prozent) und habe die bessere Mannschaft (36 zu 26 Prozent).

Aber Schröder punktete in entscheidenden Fragen: Er sei tatkräftiger (32 zu 28 Prozent), sympathischer (48 zu 26 Prozent), ein Problemlöser (35 zu 25 Prozent) und schließlich ein Siegertyp (40 zu 28 Prozent) (Forschungsgruppe Wahlen 1998: 56 ff). Sympathie, Tatkraft, Problemlösungskompetenz und Siegeszuversicht: Diese Punkte gingen an Schröder und sie erklären seine hohe Führung in den Kurven, die abbilden, wen die Wähler lieber als Bundeskanzler sehen wollen (vgl. oben Abb. 2).

War die Wahl also ein Personalplebiszit Schröder gegen Kohl, hat die Kandidatenorientierung den Ausschlag über die Parteiidentifikation gegeben? Oscar W. Gabriel und Frank Brettschneider versuchen in ihrer Analyse die Frage zu entscheiden - und sie müssen sich zu einem klaren „ja, aber“ durchringen. Sie präsentieren dazu eine Tabelle, die die Problemlösungskompetenz von Kandidaten und Parteien für entscheidende Sachfragen vergleicht.

Tab. 2: Problemlösungskapazität von Kandidaten und Parteien

Das Thema „Arbeitslosigkeit bekämpfen“ stand an der Spitze der Tagesordnung, wie es auch die Analyse des SPD-Wahlkampfes richtig realisierte. Hier hatten beide, Partei und SPD-Kandidat, einen deutlichen Vorsprung vor CDU/CSU und Kohl. So war es auch bei der Rentensicherung, bei der Gesundheitsvorsorge, der sozialen Sicherung und dem Zusammenleben mit Ausländern.

Bei der Ankurbelung der Wirtschaft lag Schröder allein vor Kohl. Bei Verbrechensbekämpfung und Staatsschuldenbegrenzung konnten Kohl und CDU/CSU sich beide vorn positionieren. Gabriel/Brettschneider fassen demnach zusammen:

„Wie alle bisher präsentierten Daten belegen, schnitt Gerhard Schröder als Spitzenkandidat der SPD im Urteil der Wähler deutlich besser ab als Helmut Kohl. Die meisten Befragten favorisierten ihn als künftigen Bundeskanzler, sie bewerteten seine Arbeit positiver als die Kohls, sie hatten mehr Vertrauen zu ihm, fanden ihn sympathischer und wiesen ihm die größere Führungskompetenz zu. Zugleich waren sie davon überzeugt, daß er eher als der amtierende Kanzler dazu in der Lage sei, die anstehenden politischen Probleme zu lösen. Aber auch zwischen den beiden großen Parteien bestand ein klares Popularitätsgefälle zugunsten der SPD, das durch eine deutlich größere Problemlösungskompetenz ergänzt wurde“ (Gabriel/Brettschneider 1998: 28).

Und schließlich resümieren sie am Schluß ihres Beitrages:

„Zwar kam dem Kandidatenfaktor bei der Bundestagswahl 1998 eine größere Bedeutung zu als vier Jahre zuvor, jedoch wirkten auch die Themenorientierungen und der weit verbreitete Wunsch nach einem Wechsel zugunsten der SPD. In Analysen der zurückliegenden Bundestagswahlen konnte eine wachsende Bedeutung der Kandidatenorientierungen für den Wahlentscheid ebensowenig nachgewiesen werden wie ein höherer Stellenwert ‚unpolitischer‘ Persönlichkeitsmerkmale. Es wird sich bei den nächsten Bundestagswahlen zeigen, ob das Jahr 1998 eine erste Etappe auf dem Weg zur stärkeren Personalisierung der Politik darstellte“ (Gabriel/Brettschneider 1998: 32).

3.2 Demographie der SPD-Wähler: Wer wählte wen?

Die *Wahlbeteiligung* war diesmal entgegen allen Unkenrufen vom Niedergang der Parteien um 3,2 % deutlich höher als 1994. Die SPD konnte von diesem Mobilisierungseffekt profitieren, sie gewann 900.000 bisherige Nichtwähler dazu (Veen 1998: 7). Das taktisch-strategische Stimmensplitting zwischen Erst- und Zweitstimme ist auch bei dieser Wahl wieder von rationalen Wählern stärker als früher genutzt worden. Von den Wählern, die die SPD mit ihrer Zweitstimme gewählt haben, gaben 82 % ihre Erststimme auch an den SPD-Kandidaten; 3 % gingen an CDU/CSU Kandidaten; 8 % an Grüne-; 2 % an FDP-; 3 % an PDS- und 3 % schließlich an andere Kandidaten (Forschungsgruppe Wahlen 1998: 16). Bei der CDU/CSU profitierten übrigens ganz ähnlich die FDP-Kandidaten mit 9 % für die Erststimme, wie dieses die Grünen bei der SPD erreichten. Diese Ergebnisse stützen die These, daß die Lagermentalität der Anhänger von SPD/Grünen und CDU/CSU/FDP doch recht ausgeprägt ist.

Bei den *geschlechtsspezifischen Unterschieden* im Wahlverhalten hat es in der Geschichte der Bundesrepublik einen langfristigen Wandel gegeben. Die größere Attraktivität der CDU/CSU für weibliche Wähler in den ersten beiden Jahrzehnten wurde seit Willy Brandts Wahlsiegen umgekehrt. Dann gab es eine starke Annäherung bei den großen Parteien, die bei dieser Wahl zu einer geradezu spiegelbildlichen Symmetrie führte. Männer wie Frauen wählten Schröder und die SPD völlig gleich auf. Nur der grüne Koalitionspartner der SPD wird weiterhin von Frauen überdurchschnittlich gewählt.

Anders liegt die Lage beim *Alter* (vgl. zum folgenden Forschungsgruppe Wahlen 1998: 19; sowie zum Teil Veen 1998: 7). Mit Zweitstimmenanteilen von 42 % und 43 % ist die SPD bei den mittleren Altersgruppen von 25 bis zu 50 Jahren die klar stärkste Partei, sogar leicht über ihrem Gesamtergebnis. Bei den 45- bis 50jährigen gab es sogar die höchsten SPD-Zuwächse mit 5,8 %. Auch bei den über 60jährigen kommt die SPD immer noch auf respektable 40 %, während die CDU/CSU hier mit 44 % ihre bei weitem beste Altersgruppe hat. Allerdings war die Union 1994 mit 50 % der Zweitstimmen hier noch erfolgreicher. Die SPD hat bei den Senioren deutlich zugelegt. Ganz anders sieht es dagegen bei der jüngsten Altersgruppe, den 18 - 24jährigen, aus. Hier erreicht die SPD nur schlappe 36 % und damit klar weniger als im Durchschnitt und nur wenig mehr als die CDU/CSU mit respektablen 32 %. Auch der Zuwachs bei den Jungwählern ist mit 0,8 % für die SPD mehr als mager.

Dreht man aber die Betrachtung um und schaut sich an, inwieweit die Anteile der verschiedenen Altersgruppen bei den jeweiligen Parteianhängern von der Gesamtheit abweichen, so ergibt sich: Die SPD unterscheidet sich in der Altersstruktur ihrer Wählerschaft praktisch nicht von der Gesamtheit der Bürger.

Tab. 3: Wahlbefragung Bundestagswahl

Bei den *Berufsgruppen* konnte die SPD im Arbeitnehmerbereich noch zulegen und bisherige Schwächen im Osten überwinden (Stöss/Neugebauer 1998: 29 ff). Im Westen wählten 53 % (1994: 55 %) der Arbeiter SPD, im Osten waren es 39 % (1994: 35 %). Der Vorsprung der CDU/CSU gegenüber der SPD hatte bei der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 in der Arbeiterschaft Ostdeutschlands noch krasse 25 % betragen. Er verringerte sich 1994 auf 6 % und wendete sich 1998 in das Gegenteil mit einem SPD-Vorsprung von 12 %. Bei den Angestellten führt die SPD in Ost und West mit insgesamt 42 % vor der CDU/CSU mit 32 %. Bei Beamten, Selbständigen und Landwirten liegt die Union klar vor der SPD.

Die stärkste Unterstützergruppe überhaupt bildet für die SPD die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft mit 61 %, bei den gewerkschaftlich organisierten Angestellten sind es immer noch hohe 52 % SPD-Wähler. Hier, im Gewerkschaftsmilieu, sitzt die klassische Stammwählerschaft der SPD, die trotz Innovations- und Modernisierungsrhetorik im Wahlkampf die SPD-Unterstützung gegenüber früheren Wahlkämpfen sogar noch verstärkte. Unter allen Gewerkschaftsmitgliedern kommt die SPD auf 56 % und damit auf 15 % mehr als ihr Gesamtergebnis (Forschungsgruppe Wahlen 1998: 23).

„Alles in allem hat 1998 eine Angleichung im Wahlverhalten der verschiedenen Berufsgruppen zwischen West- und Ostdeutschland stattgefunden. Davon profitierte die SPD erheblich. Ihr Wahlerfolg ist auch darauf zurückzuführen, daß sie sich in Ostdeutschland ihre traditionellen Bezugsgruppen weitaus besser erschließen konnte als noch 1990. Es ist ihr nicht nur gelungen, die Mehrheit der Arbeiterschaft für sich zu gewinnen, sondern auch bei den Angestellten die CDU zu überflügeln. Damit ist die SPD nun in Ost- wie in Westdeutschland die Mehrheitspartei der Arbeitnehmer“ (Stöss/Neugebauer 1998: 31 ff.).

Spricht die Gewerkschaftsbindung für die SPD, so gibt die *Kirchenbindung* für die CDU/CSU den Ausschlag (vgl. Forschungsgruppe Wahlen 1998: 29). Dies hat sich auch mit dieser Wahl nicht geändert. Katholiken wählten nur zu 36 % SPD, dagegen zu 47 % CDU/CSU, bei den Evangelischen war es fast umgekehrt mit starken 48 % für die SPD und nur 32 % für die CDU/CSU. Aber erst, wenn man nach dem regelmäßigen sonntäglichen Kirchgang fragt, wählten nur noch 28 % der Evangelischen SPD (20 % der Katholiken), aber 48 % der Evangelischen CDU/CSU und sogar sagenhafte 70 % der treuen Katholiken. Hier sind alte Muster und Milieus noch intakt. Allerdings täuscht die Zahl darüber hinweg, daß regelmäßige Kirchgänger immer rarer werden, insbesondere bei den Evangelischen und erst recht im Osten Deutschlands, wo die Konfession sowieso eine geringere Rolle spielt.

Auch das *Stadt-Land-Gefälle* spielt traditionell eine große Rolle - teilweise sogar in Verstärkung der Kirchenbindung im ländlichen Raum. Die SPD ist konsequenterweise um so erfolgreicher, je höher die Bevölkerungsdichte ausfällt, also in den Großstädten und Ballungsräumen. Ihre besten Ergebnisse erzielte sie in Wahlkreisen mit hoher Bevölkerungsdichte (44 %), die schlechtesten Ergebnisse in Regionen mit niedriger Bevölkerungsdichte (38, 2%) (Forschungsgruppe Wahlen 1998: 32). Allerdings ist dies in den neuen Bundesländern überraschenderweise genau umgekehrt. Die Zugewinne verhalten sich wiederum spiegelverkehrt.

„In den neuen Bundesländern ist die SPD allerdings gerade in den Wahlkreisen mit sehr niedriger Bevölkerungsdichte mit 38, 3 % überdurchschnittlich erfolgreich, in den alten Bundesländern erzielt sie ihre besten Ergebnisse umgekehrt mit 46, 4 % in den Wahlkreisen mit hoher Bevölkerungsdichte. Die Zugewinne für die SPD folgen allerdings jeweils genau dem entgegengesetzten Muster, das heißt, in den neuen Bundesländern hat sie in den Wahlkreisen mit hoher Bevölkerungsdichte am stärksten, in den Wahlkreisen mit sehr niedriger Bevölkerungsdichte am wenigsten dazugewonnen, in den alten Bundesländern hat sie umgekehrt mit 5, 9 % die größten Stimmenzuwächse in den Wahlkreisen mit sehr niedriger Bevölkerungsdichte, in den Wahlkreisen mit mittlerer und hoher Bevölkerungsdichte gewinnt sie demgegenüber jeweils nur 4, 6 Prozentpunkte hinzu. Bei einer gesamtdeutschen Betrachtung führt dies zu einer Nivellierung der Stimmengewinne der SPD in den verschiedenen Regionen, so daß sich die SPD praktisch unabhängig von der Bevölkerungsdichte in den verschiedenen Wahlkreisen jeweils gleichermaßen deutlich verbessern konnte“ (Forschungsgruppe Wahlen 1998: 32).

Die Hochburgen der SPD wurden allerdings nicht abgeschliffen und angeglichen, sondern durchaus ausgebaut. Die alten und die neuen Hochburgen sind weitgehend identisch. Unter den neun Wahlkreisen mit über 60 % SPD-Zweitstimmenanteil liegen 8 im Ruhrgebiet, nur Aurich/Emden mit 61, 6 % liegt in Niedersachsen (Veen 1998: 71).

3. 3 Ost-West-Gefälle: vorsichtige Annäherung zweier Kulturen

In der Bundesrepublik Deutschland existieren „genau genommen zwei politische Kulturen mit unterschiedlichen Wertorientierungen und zwei Parteiensysteme mit verschiedenen Kräfteverhältnissen und Machterwerbschancen“ (Stöß/Neugebauer 1998: 11). Die Parteiensysteme sind ab 1990 zwar scheinbar gleich, aber hinter denselben Namen stehen ganz andere Auffassungen. Nur die PDS ist eine Mitgliederpartei geblieben. Alle anderen haben einen breiten Mitgliederstamm nicht aufbauen (wie die SPD und die GRÜNEN) oder nicht halten können, wie die CDU und die FDP ihre Blockparteimitglieder.

Die Sozialstruktur der Parteimitgliedschaft ist genauso unterschiedlich wie die der Wählerschaft. Parteienbindungen bleiben prekär, außer PDS kann sich keine Partei auf spezifische soziale Basen oder kulturelle Milieus stützen - sieht man einmal ab vom protestantischen Pfarrhaus, das einen bestimmten Teil der Ost-SPD-Kultur prägte.

Manche glaubten, die SPD könne an die alten Hochburgen in Sachsen und Thüringen nach der Wende umstandslos anknüpfen. Das war eine Illusion, virtuelle Milieus halten sich nicht über Jahrzehnte aufrecht. So wurde die CDU im Osten zunächst zur Mehrheitspartei der Arbeiter:

„Die staatliche Vereinigung Deutschlands wirkte sich also zunächst bei Wahlen für die SPD als weitere Benachteiligung im Parteienwettbewerb aus, weil sie sich im Osten kaum auf die sozialen Strukturen (städtische Regionen mit hohem Industrie- und Dienstleistungsanteil, Gewerkschaftsmilieu, Arbeiterschaft) stützen konnte, die im Westen ihr Rückgrat bilden“ (Stöß/Neugebauer 1998: 12).

Aber die CDU konnte ihren Vereinigungserfolg nicht festigen, die „blühenden Landschaften“ wollten einfach nicht florieren. Zwar hielt sie noch 1994 ihren Vorsprung. Damals glaubten noch 47 % der Ostdeutschen, aber nur 33 % der Westdeutschen, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Zukunft verbessern würden (ebd.). Seitdem wuchsen Frustration, Systemverdrossenheit, Mißtrauen und Entfremdung gegenüber Verfassung, Grundgesetz und Demokratiewerten. Davon wurde die Regierung Kohl 1998 massiv getroffen.

Nicht mehr die CDU ist das Hauptproblem für die SPD im Osten, sondern die PDS. Sie kommt mit ihren 21, 6 % der Zweitstimmen im Osten nahe an die CDU mit 27, 3 % heran. Wird es dauerhaft in Ost und West zwei völlig verschiedene Wählerschaften geben ? Dalton und Bürklin (1995) hatten die These von den zwei Elektoraten vertreten, da sich Teile der Arbeiterschaft langfristig an die Union gebunden hätten und für die SPD verloren sein. Arzheimer und Falter überprüfen die These im Lichte der Wahl von 1998 und können in den Berufsgruppen gravierende Unterschiede der Parteiidentifikation aufzeigen (vgl. auch Niedermayer 1997).

Tab. 4: Parteiidentifikation nach Berufszugehörigkeit und Region

Zwar liegt die SPD in den neuen Bundesländern nun mit je 26 % bei Arbeitern und Angestellten vor der CDU mit je 23 %. Aber der Unterschied zu der westlichen SPD-Klientel mit 44 % Arbeitern und 32 % Angestellten bleibt drastisch. Die Analyse von Arzheimer/Falter bestätigt folglich die These von den zwei getrennten Elektoraten in Ost und West nur bedingt. Auch 1998 unterscheiden sich beide Region zwar deutlich. Aber Arzheimer/Falter resümieren:

„Die Ursache hierfür liegt vor allem darin, daß die Bürger in den neuen Ländern bisher kaum sozialstrukturell vermittelte Parteibindungen aufweisen. Dies gilt vor allem für die relativ große Gruppe der Arbeiter, die, anders als von Dalton und Bürklin vermutet, bisher keineswegs in Umkehrung der westlichen Muster eine längerfristig wirksame Bindung an die Union entwickelt haben. Vielmehr fühlen sich die Arbeiter in den neuen Ländern im Gegensatz zu ihren westlichen Kollegen mehrheitlich *keiner* Partei besonders verbunden. Die 1998 zu beobachtende Annäherung an westliche Wahlverhaltensmuster ist daher primär als Ergebnis einer höheren Wechselbereitschaft zu interpretieren. Schon die nächste Wahl könnte daher zu einer neuerlichen Umkehr der Wählerkoalitionen führen. Auf absehbare Zeit ist folglich im Osten mit deutlich stärkeren Schwankungen des Wahlverhaltens zu rechnen als im Westen“ (Arzheimer/Falter 1998: 42 f.).

3. 4 Zwischenfazit

Das Parteiensystem ist durch die Bundestagswahl von 1998 pluralistischer geworden, denn die kleineren Parteien FDP, GRÜNE und PDS haben sich stabilisiert, die großen polarisiert. Dadurch wird der Wettbewerb in Zukunft härter. Einerseits, weil SPD, GRÜNE und PDS links von der Mitte um dasselbe Wählerpotential konkurrieren, andererseits, weil die SPD mit ihrer Strategie der Neuen Mitte, eines neuen „Dritten Weges“ mit CDU und FDP um das Zentrum des Spektrums kämpft.

Die SPD hat die Wahl gewonnen, weil sie sich nicht auf einen ideologischen Richtungswahlkampf mit der CDU/CSU einließ. Deren Polarisierungsstrategie lief folglich ins Leere (Stöss/Neugebauer 1998: 16). Die SPD hat die doppelte Hauptaufgabe bei Wahlkämpfen hervorragend gemeistert: Stammwähler halten, Wechselwähler gewinnen. Dies gelang mit Schröder als nahezu idealem Spitzenkandidaten, abgesichert durch den Vorsitzenden Lafontaine, der ihm den Parteirücken freihielt, mit Rückenwind aus den Medien, die Zeit für den Wechsel sahen, mit einem Problemlösungspotential der Partei, das die Wähler honorierten, mit dem Leitmotiv soziale Gerechtigkeit und Innovation sowie mit einer professionellen Kampagnentechnik: und mit viel Fortune. Manche Fehler, die 1994 zu grotesken Schwachstellen hochstilisiert wurden, konnten diesmal überraschend gnädig verziehen werden und wurden der allgemeinen Wechselbereitschaft von Wählern und Medien untergeordnet. It was time for a change.

4. Probleme und Perspektiven nach der Wahl

4.1 Stabiles linkes Lager oder labile Ausnahmewahl?

Wenn auch die Wahlbeobachter sich in der Konstatierung des eindeutigen SPD-Wahlsieges und des nicht minder klaren Wahldesasters für die CDU (weniger für die CSU) einig waren, so ergibt die Deutung von Konsistenz und Persistenz des Ergebnisses doch sehr unterschiedlich Nuancen. Hans-Joachim Veen u. a. (1998) von der Konrad-Adenauer-Stiftung resümieren in ihrer Wahlanalyse, daß „der Schwerpunkt des Parteiensystems oberflächlich nach links verschoben“ (S. 9) wurde. „Von einer stabilen Wählerbasis für die politische Linke kann deshalb nicht gesprochen werden“ (ebd.).

Elmar Wiesendahl in seiner Analyse für die gewerkschaftlichen Monatshefte hält dagegen fest, daß sich nun „beginnend mit der deutschen Einheit, dauerhaft ein Fünf-Parteien-System unter Einschluß der PDS etabliert (hat), das den bisherigen Mitte-Rechts-Achsen-Schwerpunkt, der die Union strukturell begünstigte, nach Mitte-Links verlagert.“ Dadurch erhalte das Mitte-Links-Lager aus SPD, Grünen und PDS erstmalig in der deutschen Parteiengeschichte eine klare 53-Prozent-Mehrheit (in Ostdeutschland sogar 61 %). Dagegen stüt-

zen sich Union und FDP abgeschlagen nur noch auf einen Wahlsockel von 41,3 %. Erd-rutschartig habe die bürgerliche Koalition von 1990 ihren damaligen Vorsprung von 16,2 % gegenüber SPD/Die Grünen verspielt. „Die Links-Verschiebung wird auch dadurch deutlich, daß die Regierungsmehrheit nun das Zentrum der Links-Rechts-Achse besetzt. Dagegen werden Union und FDP nach rechts gedrängt, was dadurch verstärkt wird, daß sich am linken Rand die PDS als weitere Oppositionspartei niedergelassen hat“ (Wiesendahl 1998: 755).

Achsenverlagerung, Links-Verschiebung, Rechts-Verdrängung, Besetzung des Zentrums der Links-Rechts-Achse durch die neue Regierungsmehrheit: Das klingt nach einer massiven Kontinentalverschiebung. Ist das so?

Andere Analytiker sind da viel vorsichtiger. Jürgen Falter unterscheidet z. B. zwei Wählerschaften der SPD, die sich in ihren Koalitionspräferenzen, in ihren politischen Sympathien und Antipathien und ihren Parteibindungen grundlegend voneinander unterscheiden. Er bezeichnet sie „der Einfachheit halber als das rot-grüne und das schwarz-rot-gelbe SPD-Lager“ (Falter 1999: 11).

Das eher linke und das eher bürgerliche Neue-Mitte-Lager sind nicht nur demographisch deutlich anders profiliert, es präferiert auch andere Koalitionsoptionen. Und insbesondere fallen die Parteibindungen auseinander: „Nur 48 % der schwarz-rot-gelb orientierten SPD-Wähler bezeichnen sich als längerfristige SPD-Anhänger; die Angehörigen des rot-grünen Lagers tun dies dagegen zu 70 %“ (ebd.). Jeder dritte SPD-Wähler von 1998 habe bei der letzten Wahl noch für eine andere Partei gestimmt. Von diesen mehr als sieben Millionen SPD-Zuwanderern haben sich fast zwei Drittel eine Großen Koalition oder eine sozialliberale Koalition gewünscht. Enttäuschungen dieser der neuen Mitte zugehörigen SPD-Wähler seien geradezu vorprogrammiert.

„Will die SPD mehr als nur eine Legislaturperiode an der Macht bleiben, muß sie ihre neuen Wähler besonders intensiv pflegen, und das bedeutet nichts anderes, als überproportional stark auf ihre Präferenzen und Abneigungen Rücksicht zu nehmen. Denn bei ihnen handelt es sich um die potentiellen Wechselwähler der nächsten Bundestagswahl“ (ebd.).

So schließt Falter. Er diskutiert allerdings nicht, daß genau diese Politik zu spiegelbildlichen Enttäuschungen bei der anderen Wählergruppe, dem rot-grünen Lager führen würde.

Die beiden Berliner Parteienforscher Richard Stöss und Gero Neugebauer thematisieren das-selbe Dilemma wie Falter, ohne seine etwas plakative Zweiteilung der SPD-Wählerschaft zu übernehmen. Und sie schauen stärker auf das rot-grüne Lager als Falter, der mehr das schwarz-rot-gelbe in den Blick nimmt, was auch politische Sympathien und Affinitäten signalisieren könnte. Sie gehen davon aus, daß es im Parteienwettbewerb Deutschlands eine Asymmetrie zu Ungunsten der SPD gibt. Die Machtchancen sind ungleich verteilt, wie ein Blick auf den Vorsprung der CDU/CSU vor der SPD bei allen Bundestagswahlen seit 1949 bis auf die zwei Ausnahmefälle 1972 und 1998 zeigt (vgl. oben Abb. 1).

Dies habe sozialstrukturelle Ursachen, die recht stabil sind, weil immer noch knapp sechzig Prozent der Wähler für die Partei stimmen, für die sie sich schon bei der letzten Wahl entschieden haben. Die stabilste soziale Gruppe für die SPD sind bekanntlich immer noch die Arbeiter und gewerkschaftsorganisierte Arbeitnehmer. Für die Union ist das katholische Milieu immer noch fruchtbar, insbesondere wählen die regelmäßigen Kirchgänger, egal ob Arbeiter, Angestellte, Beamte oder Selbständige, die CDU/CSU. Darüber hinaus ist sie stark beim Mittelstand und in der Landwirtschaft verankert. Die beiden Autoren schließen daraus:

„Da die soziale Basis der Unionsparteien größer als die der SPD ist und da die für die SPD bedeutsame Arbeiterschaft im Zuge des sozialen und technologischen Wandels auch noch abschmilzt, vermag sie die CDU/CSU nur zu überflügeln, wenn sie über ihre Stammklientel hinaus in erheblichem Umfang zusätzliche Wähler gewinnt. Während die Union gewissermaßen von Natur aus die stärkste Partei ist und für einen Wahlsieg im Prinzip nur ihre Anhängerschaft voll mobilisieren muß, kann die SPD nur dann eine Mehrheit erreichen, wenn sie ihre Stammwähler vollständig zur Wahlteilnahme motiviert und zugleich Wechselwähler von anderen Parteien (wegen der Größenverhältnisse primär von der CDU/CSU), ehemalige Nichtwähler oder Jungwähler anzieht. Die Faustregel für SPD-Wahlkämpfe lautet mithin: Stammwähler halten, Wechselwähler gewinnen“ (Stöss/Neugebauer 1998: 7).

Der SPD-Wahlsieg sei deshalb ein historischer, weil selten eine solche Mobilisierung von Stammwählern und Wechselwählern gleichzeitig gelingen könne. Denn es beiden recht zu machen, gleiche oft der Quadratur des Kreises, und die anderen Parteien schlafen nicht. Der Wählermarkt ist ein Nullsummenspiel. Im übrigen wirke sich auch nachteilig für die SPD aus, daß sie im linken Spektrum des Parteiensystems mit zwei Parteien um dieselbe Wählerklientel konkurrieren müsse. Rückt sie zu weit in die Mitte in die Nähe zur CDU/CSU, muß sie Abspaltungen an der linken Seite befürchten. In Ostdeutschland war die SPD seit 1990 in eine besonders desolante Ausgangslage geraten. Dieses Manko kann die SPD 1998 weitgehend ausgleichen. Dennoch bleibt in Ostdeutschland weiterhin ein Aufholbedarf bei den Arbeitnehmern. Erstaunlich ist dabei, daß der Wahlsieg der SPD nicht zu Lasten der beiden anderen Parteien im linken Spektrum des Parteiensystems geht (Stöss/Neugebauer 1998: 67). Der Ausnahmecharakter des SPD-Wahlsiegs wird allerdings nicht genug betont werden können. Weder die Stammwähler noch die Wechselwähler sind eine sichere Bank auf die Zukunft. Die Stammwähler werden weiter abschmelzen, die Wechselwähler eher noch unberechenbarer werden. Die Wahlzukunft ist offen. Darin liegt sicherlich eine politische Chance.

4.2 Regierungsbildung: Das Rot-Grüne Schiff sticht in See

Die Koalitionsverhandlungen gingen zügig, ernst und sachbezogen voran. Zwar waren die beiden Verhandlungsdelegationen paritätisch gleich stark bestückt, aber die SPD machte am Rande immer wieder deutlich, daß sie die Wahl gewonnen und 86 % der gemeinsamen Stimmen geholt hatte. Auch hier funktionierte das Bündnis Schröder/Lafontaine noch reibungslos nach außen. Die Verhandlungen in der Bonner nordrhein-westfälischen Landesvertretung leitete auf Seiten der SPD korrekterweise Lafontaine als Parteichef und nicht Schröder als Kanzlerkandidat. Auch Schröder schickte sich nach außen umstandslos in diese Kleiderordnung.

Die Wahlversprechen wurden im Koalitionsvertrag umgesetzt und im großen und ganzen eingelöst: Rücknahme der ärgsten Verstöße der alten Regierung gegen die soziale Symmetrie. Darunter wurden insbesondere Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Schlechtwettergeld für Bauarbeiter, Rentenkappung und anderes wieder kassiert. Eine gerechtere Steuerreform wurde versprochen, die nach Lafontaines Vorstellungen die Kaufkraft der mittleren und unteren Einkommensgruppen stärken sollte. Die Grünen erreichten den Beschluß zum Ausstieg aus der Atomenergie und die Zusage, ein neues Staatsbürgerschaftsrecht zu entwerfen sowie eine ökologische Komponente der Steuerreform.

Viel mehr an neuen Impulsen war nicht angesagt. Obwohl Lafontaine Regie führte, lief es nach Schröders Motto: Wir machen nicht alles anders, sondern vieles besser.

Bei den Personalentscheidungen gab es schon mehr Überraschungen. Die Schlüsselpositionen mit Schröder als Kanzler und Joschka Fischer als Vizekanzler und Außenminister waren unumstritten. Auch daß die Grünen das Umweltressort besetzen sollten, war unstrittig. Sie no-

minierten hierfür den Antipoden zu Fischer vom linken Flügel, Jürgen Trittin. Allerdings war die heilige Frauenquote verletzt, von der Ostquote ganz zu schweigen. Man gewann überraschend Andrea Fischer als Gesundheitsministerin und vertröstete die Grünen auf eine zukünftige EU-Kommissarin, da man ihnen auch keine Bundespräsidentin zugestehen wollte.

Die SPD mußte sich mit der mindestens so komplizierten Positionierung ihres früheren Führungstrios herumschlagen. Scharping wollte um (fast) jeden Preis Fraktionschef bleiben. Aber er mußte schließlich murrend auf die Hardthöhe als Verteidigungsminister ziehen. Für Lafontaine wäre der Fraktionsvorsitz frei gewesen. Dort hätte er als Parteichef einen natürlichen Gegenpol zum Kanzler Schröder bilden können - mit klar geschiedenen Rollen. Aber er drängte ins Kabinett als mächtiger Finanzminister, der vom Wirtschaftsressort noch die Grundsatzabteilung und weitere wichtige Kompetenzen reklamierte - und auch bekam.

Prompt gab Jost Stollmann die Ambition auf das Wirtschaftsministerium auf, ein Selfmade-Millionär aus dem Schattenkabinett Schröders, der mit forschenden neoliberalen Sprüchen im Wahlkampf Anhänger und Gegner der Sozialdemokratie fröhlich aufgemischt hatte. Lafontaine übernahm das Finanzministerium, flankiert von zwei Staatssekretären, die prononcierte Nachfragepropagandisten waren, und seiner Linie der Zinssenkung, der Notenbankdisziplinierung und der Nachfrageoptimierung sekundierten.

Es währte nicht lange, so waren in der Öffentlichkeit zwei Buhmänner der SPD-Grünen-Regierung gebrandmarkt: Jürgen Trittin mit seinem kompromißlosen Anti-Atomkurs und Oskar Lafontaine mit seinen radikalen Nachfragepolitiken in nationaler und internationaler Finanzökonomie.

Dagegen standen die beiden populären und charismatischen Lichtgestalten, an denen alle Kritik am schlechten Start der Regierung scheinbar wirkungslos abperlte: Joschka Fischer als Außenminister und Gerhard Schröder als Kanzler, der Pannen gerne entwaffnend als normale Startschwierigkeiten einräumte und Besserung gelobte. So ging es ins Frühjahr 1999 - in ein symbolträchtiges Schlußjahr des Jahrtausends, geehrt durch die turnusmäßige EU-Präsidentschaft für Deutschland und für Kanzler Schröder, aber beschwert durch Krisen der europäischen Finanzen und Strukturen, des Balkans, der Weltwirtschaft, der Binnenkonjunktur und der tausend täglichen Regierungsprobleme.

4.3 Hessenwahl: Ein Schuß vor den Bug

Am 7. Februar 1999 fand in Hessen die erste Landtagswahl nach der rot-grünen Regierungsübernahme in Bonn statt. Die Auspizien waren für die neue Regierung nicht schlecht: Amtierte doch in Hessen die dienstälteste rot-grüne Koalition mittlerweile nicht schlecht, kein Glamour, aber eine Arbeitsregierung unter dem nicht gerade sprühenden, aber soliden Ministerpräsidenten Hans Eichel.

Aber die CDU ging wenige Wochen vor der Wahl in die Offensive mit dem Thema doppelte Staatsbürgerschaft. Angestachelt durch die CSU adaptierte Hessens konservative CDU als erste eine quasi plebiszitäre Unterschriftensammlung gegen die Pläne der Koalition. Die Eichel-Regierung hatte dem nichts entgegenzusetzen. Zwar gewinnt die SPD die Wahl mit einem Zuwachs von 1,4 %, aber sie war trotzdem der Verlierer (Forschungsgruppe Wahlen 1999: 64), weil die Grünen drastisch 4 % verlieren und damit die Mehrheit der Mandate verlorengeht. Die CDU gewinnt spektakulär 4,2 % hinzu, wird stärkste Partei und kann mit der gerade noch in den Landtag hereingerutschten FDP eine Regierungsmehrheit bilden.

Das Thema doppelte Staatsbürgerschaft entschied die Wahl; SPD und Grüne starrten ängstlich auf die CDU-Umfrageaktion wie das Kaninchen auf die Schlange. Trotz Eichels respektablem Ergebnis mußte die SPD Einbußen bei zentralen Stammwählergruppen hinnehmen: Bei den Arbeitern 5 % minus und bei an- und ungelernten Arbeitern sogar 8 % oder bei Arbeitslosen 5 %.

Aber auch der Spitzenkandidat Eichel hatte Defizite: Nur 57 % konnten auf die offene Frage, wer Spitzenkandidat der SPD in Hessen sei, seinen Namen nennen. Seit seiner letzten Wahl von 1995 hatte er keinen Prozentpunkt im Bekanntheitsgrad gutgemacht (Forschungsgruppe Wahlen 1999: 66). Was hat er seither gemacht, fragt man sich da. Die SPD konnte ihr Ergebnis nur aufbessern, weil sie den Verlust bei den Arbeitern durch Gewinne bei den Angestellten kompensieren konnte.

Der SPD war im Bund bei der Septemberwahl kampagnenmäßig so gut wie alles geglückt: Stammwähler halten, Wechselwähler gewinnen. Hessen lief völlig verkehrt: Stammwähler liefen in Scharen davon, Wechselwähler konnten nur mühsam gewonnen werden.

Aber auch bundespolitisch ging die Hessenwahl verloren. Die 100-Tage-Bilanz der Bonner rot-grünen Regierung war niederschmetternd. Die einhellige Kritik an der Bundesregierung zeigte Wirkung: Mangelnde Koordination bei Steuerreform, 630-Mark-Gesetz, Rentenplänen, Atomausstieg oder Staatsbürgerschaftsgesetz bewirkten bundesweit einen Stimmungsumschwung eine Woche vor der hessischen Landtagswahl.

„Die Schonfrist für Rot-Grün ist vorbei. Sie hat ihre absolute Mehrheit im Bundesrat verloren. Auch das Klima der Koalition wird schwieriger, die Grünen werden ihre Rolle nachdefinieren müssen. Und nicht zuletzt: Die Union hat mit diesem Sieg die Chance, schneller Tritt zu fassen, als es bisher absehbar war“ (Forschungsgruppe Wahlen 1999: 75).

4.4 Lafontaine geht von Bord

Nur gut vier Wochen nach der Hessenwahl erklärte Oskar Lafontaine am 11. März 1999 mit einem lakonischen Schreiben seinen Rücktritt vom Amt des Finanzministers, des Parteivorsitzenden und des Bundestagsabgeordneten. Er gedenke, zukünftig allein als Privatmann zu leben. Erst nach vier Tagen folgte eine dürre Erklärung, daß er das Mannschaftsspiel in der Regierung vermißt habe. Ein Schritt ohne Beispiel.

Der Rücktritt schlug wie eine Bombe ein. Zwar hatte es zunehmende Konkurrenz im Wahlkampfgespann Schröder/Lafontaine gegeben. Zwar wurden kontroverse Debatten im Kabinett bekannt, aber niemand hatte mit einer solchen Konsequenz gerechnet. Insbesondere die Partei fühlte sich tief verletzt und im Stich gelassen durch die schnöde Flucht ihres Vorsitzenden aus der Verantwortung. Es wurde über *politische* Gründe (fehlende Durchsetzungsfähigkeit seiner steuerpolitischen Pläne gegen Schröder und gegen seinen wirtschaftsfreundlichen Kurs), *persönliche* Gründe (Unfähigkeit und Unwilligkeit sich der Richtlinienkompetenz des Kanzlers unterzuordnen), *psychologische* Gründe (Spielermentalität, die nur alles oder nichts kennt) und *private* Gründe (Folgen des Attentats von 1990, Angst, das Familienglück erneut zu gefährden) spekuliert.

Per Saldo muß man alle diese Gründe zusammennehmen, da eine differenzierte Erklärung auch zwei Wochen nach dem Abtritt, als diese Zeilen geschrieben werden, nicht gefunden und nicht geliefert wurde.

Die Folgen für die SPD sind sicherlich gravierend und noch nicht voll absehbar. Die Arbeitsteilung der beiden Sturmspitzen im Wahlkampf war einer der Erfolgsgründe für den September-Wahlsieg. Allerdings ist die Regierung ein anderes Spiel. Ob die Konkurrenz auf Dauer gutgegangen wäre, haben bereits viele bezweifelt. Gerhard Schröder wird nun den Parteivorsitz übernehmen. Die Bandbreite der SPD-Anhänger und -Wähler wurde vom Modernisierer Schröder einerseits und vom Traditionalisten Lafontaine andererseits optimal gecovered. Aber das erzeugte auch Reibungsverluste. Wenn Schröder sich dieses Dilemmas bewußt ist und die linke Seite der Volkspartei SPD nicht vernachlässigt, kann er trotzdem mit Kanzlerbonus Wahlen gewinnen. Aber es wird eine völlig andere Konstellation bei der nächsten Wahl entstehen. Dies ist aber in jedem Fall vorprogrammiert, da Wahlen aus der Opposition und aus der Regierung zu gewinnen, völlig andere Kampagnen verlangt. Im übrigen gibt es eine alte Wahlkampfregel: Wiederhole niemals zum zweiten Mal einen anscheinend erfolgreichen Wahlkampf. Eines bleibt aber gleich: Der kategorische Imperativ aller Wahlkampagnen - Stammwähler halten, Wechselwähler gewinnen.

Ob die SPD für 2002 die richtige Rezeptur findet, wäre zu waghalsig jetzt schon vorherzusagen. Jedenfalls ist ein Meinungsabschwung so kurz nach der Wahl, wie derzeit im Frühjahr 1999, für sich alleine noch kein Menetekel: Die meisten Regierungen, insbesondere die von Helmut Kohl, hatten beträchtliche Startprobleme und haben erst auf der Zielgeraden den Gegner überholt.

War die Bundestagswahl von 1998 für die SPD eher eine kopernikanische Wende oder einfach nur eine Verkettung glücklicher Umstände, so habe ich zu Beginn gefragt. Ich denke die Antwort ist klar: Es war ein Arbeitssieg aller Beteiligten im Positiven (Kandidat, Parteichef, Parteimanagement, Wahlkampfleitung, Medien) wie im Negativen (Ausgebrannte alte Regierung). Aber es war auch eine große Portion Fortune dabei. Sicher war es nicht die Neujustierung der Parteienlandschaft. Erst mit dem Abgang von Lafontaine steht eine Standortbestimmung der SPD neu an. Trotz viel Debatten über Neue Mitte und Dritten Weg der europäischen Sozialdemokratie mit Blair, Kock, Klima und Schröder sei die These gewagt, daß die Neupositionierung nicht allzu revolutionär sein wird. Sie wird evolutionär sein, wie meistens in der Geschichte der Sozialdemokratie.

Literaturverzeichnis

Alemann, Ulrich von: Anmerkungen zum US - Wahlkampf 1996. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 28 (1997) 2, S. 346-350

Alemann, Ulrich von: Parteien (rororo special). Reinbek: Rowohlt 1995

Arzheimer, Kai/Falter, Jürgen W.: „Annäherung durch Wandel?“ Das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1998 in Ost-West-Perspektive. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 52 (1998), S. 33-44

Dalton, Russell J./Bürklin, Wilhelm: The Two German Electorates: The Social Bases of the Vote in 1990 and 1994. In: German Politics and Society 13 (1995), S. 75-99

Falter, Jürgen W.: Die zwei Wählerschaften der SPD. Warum die Bonner Sozialdemokraten auf „ihre“ Wechselwähler Rücksicht nehmen sollten. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Februar 1999, S. 11

Forschungsgruppe Wahlen: Bundestagswahl 1998. Eine Analyse der Wahl vom 27. September 1998. Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V. Mannheim, Nr. 91: 1998

Forschungsgruppe Wahlen: Landtagswahlen in Hessen. Eine Analyse der Wahl vom 7. Februar 1999: Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e. V. Mannheim, Nr. 93: 1999

Jung, Matthias/Roth, Dieter: Wer zu spät geht, den bestraft der Wähler. Eine Analyse der Bundestagswahl 1998. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 52 (1998), S. 3-19

Gabriel, Oscar W./Brettschneider, Frank: Die Bundestagswahl 1998: Ein Plebiszit gegen Kanzler Kohl ? In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 52 (1998), S. 20-32

Niedermayer, Oskar: Das gesamtdeutsche Parteiensystem. In: Gabriel, Oscar W. /Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland, Opladen: Verlag Leske und Budrich 1997, S. 106-130

Oberndörfer, Dieter/Mielke, Gerd/Eith, Ulrich: Die trutzigen Niedersachsen und ihre Kandidatenkür. Erste Vorwahlen in Deutschland: Die Landtagswahl 1998 zu Hannover. In: Frankfurter Rundschau vom 5. März 1998, S. 19

Ristau, Malte: Wahlkampf für den Wechsel – Die Wahlkampagne der SPD 1997/98. Ms. (unveröff.) Bonn 1998

Stöss, Richard/Neugebauer, Gero: Die SPD und die Bundestagswahl 1998. Ursachen und Risiken eines historischen Wahlsiegs unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Ostdeutschland. Ms. (unveröff.) Berlin 1998

Veen, Hans-Joachim u.a.: Analyse der Bundestagswahl vom 27. September 1998. In: Interne Studien Nr. 137/1998. Sankt Augustin 1998

Wiesendahl, Elmar: Der rot-grüne Wahlsieg. Eine Wahlnachlese und Analyse der neuen Machtverhältnisse. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 49 (1998) 12, S. 753-764